

NRZ 05.10.16

Vorstöß gegen Riesen-Ställe

Umweltministerin Hendricks (SPD) will den Bau durch neues Gesetz erschweren

Von Jan Jessen

An Rhein und Ruhr. Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) steuert auf einen Konflikt mit der Landwirtschaft zu. Sie will den Bau von Mega-Ställen eindämmen. Ihr Ministerium hat einen Gesetzentwurf erarbeitet, mit dem die bisherige Privilegierung von landwirtschaftlichen Bauvorhaben eingeschränkt werden soll. Der Rheinische Landwirtschaftsverband (RLV) warnt vor einer „massiven Einschränkung der Entwicklungspotenziale“ von viehhaltenden landwirtschaftlichen Betrieben. Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt (CSU) stößt in das gleiche Horn. Naturschützer begrüßen das Vorhaben.

Anlass für den Gesetzentwurf, der der NRZ vorliegt, ist der Trend in der Landwirtschaft zu immer größeren Einheiten. Ställe für mehrere zehntausend Puten oder Hüh-



Weniger Riesenställe: Der Hendricks-Plan birgt Zündstoff.

FOTO: DPA

ner, tausende Schweine oder hunderte Kühe sind keine Seltenheit mehr. In Nordrhein-Westfalen ist der Kreis Kleve, in dem Barbara Hendricks ihren Wahlkreis hat, eine Schwerpunktregion der Milchvieh- und Putenproduktion.

Die Intensivtierhaltung führe zu einer übermäßigen Belastung der Umwelt durch Stickstoffemissionen, Tierarzneimittel und Gerüche, argumentiert das Bundesum-

weltministerium ebenso wie verschiedene Natur- und Umweltschutzorganisationen.

Mit dem jetzt vorgelegten Gesetzentwurf will Hendricks erreichen, dass größere Ställe nur dann genehmigt werden können, wenn die zuständige Gemeinde einen Bebauungsplan erlässt. Bislang ist das nicht nötig, wenn Landwirte nachweisen können, dass sie genügend zusätzliche Flächen haben, um mindestens die Hälfte des benötigten Tierfutters selbst produzieren zu können – sie gelten dann als privilegiert.

„Mit dem Gesetzentwurf wollen wir den Gemeinden die Möglichkeit geben, selbst zu entscheiden, ob sie große Tierhaltungsanlagen auf ihrem Gebiet wollen oder nicht“, sagte Hendricks der NRZ. Die Bürger sollten dadurch mehr Mitsprache bekommen.

Ihr Kabinettskollege Schmidt hatte bereits im August vor einer

möglichen Blockade der „Entwicklungsperspektive der Landwirtschaft“ gewarnt. RLV-Präsident Bernhard Conzen sagte der NRZ, er halte das bisherige Gestaltungsinstrumentarium der Kommunen für ausreichend. Wer dies verschärfe, „soll auch den Mut aufbringen, dem Verbraucher mitzuteilen, dass Wurst, Fleisch und Milch künftig aus dem Ausland kommen“.

NRZ/Klartext 5.2/Bericht NRW

WAS GILT ALS EIN „MEGA-STALL“?

■ **Der Gesetzentwurf** soll für Ställe gelten, in denen mehr als **500 Kälber**, mehr als **600 Rinder**, mehr als **1500 Mast-schweine**, mehr als **15 000 Puten** oder mehr als **30 000 Junghennen** gehalten werden sollen.